

Rede von Catrin Steiniger, Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, zur Eröffnung der Wanderausstellung „Systemerkrankung. Arzt und Patient im Nationalsozialismus“, Potsdam, 7.1.2026

Sehr geehrte Frau Dr. Jouleen Gruhn, Landtagsvizepräsidentin und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, sehr geehrter Herr Staatssekretär Patrick Wahl, sehr geehrter Herr Prof. Axel Drecoll, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

Ein ganz besonderer Gruß gilt Ihnen, den Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Gemeinden hier in Brandenburg. Dass Sie heute an diesem Ort, in den Räumen der ärztlichen Selbstverwaltung, anwesend sind, ist für uns keine Selbstverständlichkeit. Es ist uns eine Ehre und eine Verpflichtung zugleich.

Sehr geehrter Herr Frank-Ullrich Schulz, Präsident der Landesärztekammer, sehr geehrte Mitglieder des Brandenburger Landtags, sehr geehrter Herr Dr. Schröter, Vorstand der KV Thüringen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Selbstverwaltung und Ärzteschaft, sehr geehrte KVBB-Mitarbeitende, meine Damen und Herren.

Bevor wir tiefer in die Geschichte eintauchen, muss ich ein aktuelles Ereignis ansprechen, das mich zutiefst bedrückt. Eigentlich sollte heute auch Andreas Büttner, der Antisemitismusbeauftragte unseres Landes, hier bei uns sprechen. Doch er kann heute nicht hier sein.

Der Grund dafür macht mich fassungslos und wütend. Herr Büttner wurde in den letzten Tagen Opfer von feigen Anschlägen und massiven Morddrohungen.

Dass ein Mann, der sich gegen den Hass auf Jüdinnen und Juden stellt, im Jahr 2026 hier in Brandenburg um sein Leben fürchten muss, zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit: Die „Systemerkrankung“, die wir heute in dieser Ausstellung dokumentieren, ist keine abgeschlossene Geschichte. Der Hass ist wieder da. Er ist gewalttätig. Wir verurteilen jegliche Angriffe aufs Schärfste und senden unsere volle Solidarität an Andreas Büttner. Wir lassen uns nicht einschütern!

Wir eröffnen heute eine Ausstellung, die wehtut. Und sie soll wehtun.

„Systemerkrankung. Arzt und Patient im Nationalsozialismus“ – schon der Titel macht deutlich: Es geht nicht um „bedauerliche Einzelfälle“, sondern um ein krankes System, in dem Ärzte und Ärztinnen, ganze Institutionen und berufspolitische Strukturen zu Mittätern geworden sind.

Die deutsche Ärzteschaft hat in der Zeit des Nationalsozialismus schwerste Schuld auf sich geladen. Sie haben nicht nur zugesehen, sondern aktiv mitgewirkt: an Ausgrenzung, Entrechtung, Zwangssterilisationen, an der sogenannten „Euthanasie“, an Selektionen, Folter und Mord. Sie beteiligten sich an der sogenannten Aktion T4, dem industrialisierten Massenmord an kranken und behinderten Menschen. Sie führten grausame Versuche durch, stellten Gutachten aus, schrieben Überweisungen, durch die Patientinnen und Patienten in Tötungsanstalten und Konzentrationslager gelangten – verwaltet mit bürokratischer Gründlichkeit und ohne Mitleid.

Ärzte und Ärztinnen maßten sich an, über „lebenswertes“ und „lebensunwertes“ Leben zu entscheiden. Sie machten sich zu Verwaltern über Leben und Tod – im völligen Widerspruch zu allem, wofür unser Beruf eigentlich steht. Dass Menschen, die der Heilung und Linderung verpflichtet sind, sich in dieser Weise in den Dienst eines verbrecherischen Regimes stellten, bleibt ein fassungsloser, erschütternder Befund.

Neben den vielen Patientinnen und Patienten, die Opfer dieser Verbrechen wurden, waren auch ärztliche Kollegen und Kolleginnen selbst betroffen – vor allem jüdische Ärzte und Ärztinnen. Sie wurden diffamiert, entrechtet, aus den Berufsverbänden ausgeschlossen, ihre Approbationen wurden entzogen, ihre berufliche Existenz zerstört. Sie wurden beraubt, gedemütigt, vertrieben, deportiert und ermordet.

Gerade hier in Brandenburg ist diese Geschichte nicht abstrakt. In Brandenburg an der Havel wurde ab Ende 1939 eine der sechs zentralen Tötungsanstalten der Aktion T4 eingerichtet, tarnend „Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel“ genannt. In den umgebauten Gebäuden einer ehemaligen Strafanstalt, mit Gaskammer und Verbrennungsöfen, wurden zwischen Februar und Oktober 1940 über 9.000 Patientinnen und Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten des nord- und mitteldeutschen Raums mit Kohlenmonoxid ermordet.

Unter den Ermordeten waren psychisch kranke Straftäter, vor allem aber Menschen, die als krank, behindert oder „nicht arbeitsfähig“ galten. Rund ein Zehntel waren Kinder und Jugendliche, die zum Teil gezielt ausgewählt wurden, um ihr Gehirn später für „Forschungszwecke“ zu nutzen. Etwa ein weiteres Zehntel der Opfer war jüdischer Herkunft. Sie wurden unabhängig von Diagnose oder Prognose getötet – allein wegen ihrer Herkunft. Damit begann hier, auf brandenburgischem Boden, der erste planmäßig organisierte Massenmord an jüdischen Patientinnen und Patienten im Deutschen Reich.

Der Mord war genau organisiert und gleichzeitig sorgfältig verschleiert. Die Menschen wurden mit Bussen gebracht, registriert, für erfundene Todesursachen „begutachtet“ und anschließend in der Gaskammer getötet. Ein eigenes „Sonderstandesamt Brandenburg II“ stellte gefälschte Urkunden und Trostbriefe an die Angehörigen aus. Viele der in Brandenburg eingesetzten Ärzte, Pfleger und Verwaltungsmitarbeiter wechselten später in Vernichtungslager im besetzten Polen und brachten die hier erprobten Methoden in den europaweiten Judenmord ein.

Besonders bitter ist: Die berufspolitischen Organisationen haben an dieser Entrichtung aktiv mitgewirkt. Ärztliche Selbstverwaltung bedeutete in jener Zeit für viele Funktionsträger nicht Schutz vor staatlicher Willkür – sondern deren willige Umsetzung. Kolleginnen und Kollegen wurden „ausgesiebt“, auf Listen gesetzt, aus Gremien gedrängt, aus ihren Praxen und Kliniken entfernt. Andere nutzten die Situation, um Karrieren zu machen, frei gewordene Sitze zu übernehmen, Praxen und Vermögen der Verfolgten an sich zu bringen.

Diese Verbrechen lassen sich nicht ungeschehen machen. Ihre Folgen reichen bis in unsere Gegenwart – in die Familien der Opfer, aber auch in die Geschichte unserer Profession und ihrer Institutionen.

Wir täuschen uns, wenn wir glauben, dieser Teil der deutschen Geschichte sei „abgeschlossen“. Aus ihm erwächst uns eine bleibende Verantwortung: Die Verantwortung, die Vergangenheit ehrlich zu benennen, Schuld nicht zu relativieren – und alles zu tun, damit sich Vergleichbares niemals wiederholt.

Zur Wahrheit gehört auch: Nach 1945 wurden die an Verbrechen beteiligten Ärzte nur selten zur Rechenschaft gezogen. Viele konnten ihre berufliche Laufbahn nahezu ungebrochen fortsetzen –

in Praxen, in Kliniken, in Verwaltungen, in der berufspolitischen Selbstverwaltung. Staatliche Stellen und ärztliche Organisationen scheuten die konsequente Aufarbeitung lange Zeit. Strafverfahren endeten häufig mit Freisprüchen oder milden Strafen. Nicht selten wurden Täter später noch geehrt, ohne dass ihre Rolle im Nationalsozialismus überhaupt erwähnt wurde.

Die ärztliche Selbstverwaltung in Deutschland hat erst spät begonnen, sich systematisch mit der eigenen NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis die Verstrickungen von Kammern, Kassenärztlichen Vereinigungen und Berufsverbänden in Forschungsvorhaben, Gedenkveranstaltungen, Erklärungen und Beschlüsse übersetzt wurden. Erst nach und nach wurde die Verfolgung jüdischer und politisch unerwünschter Ärztinnen und Ärzte, die Beteiligung an Zwangsmaßnahmen und die institutionelle Verantwortung klarer benannt.

Die Ausstellung „Systemerkrankung“ ist ein weiterer, wichtiger Schritt auf diesem Weg. Sie ist Ergebnis eines von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und den Kassenärztlichen Vereinigungen initiierten Forschungsprojekts. Sie zeigt Biografien, Dokumente und Strukturen, sie macht sichtbar, wie eng ärztliche Praxis, Gesundheitspolitik und Unrecht im Nationalsozialismus verknüpft waren. Und sie zeigt auch: Die Geschichte der Verbrechen ist nicht nur eine Geschichte einzelner „Monster“, sondern die Geschichte eines Berufsstandes, der sich in weiten Teilen ideologisch vereinnahmen ließ.

Warum holen wir diese Ausstellung in unsere Kassenärztliche Vereinigung nach Potsdam?

Zum einen, weil wir Teil dieser Geschichte sind – als Institution der ärztlichen Selbstverwaltung in Deutschland. Auch in unserer Region wirkten Ärztinnen und Ärzte, die dem NS-System dienten, die Patientinnen und Patienten nicht schützten, sondern auslieferten. Auch hier gab es Kolleginnen und Kollegen, die verfolgt und vernichtet wurden, deren Namen, Praxen, Familien aus unserem kollektiven Gedächtnis verschwanden.

Zum anderen, weil Erinnerung immer auch eine Aufgabe für die Gegenwart ist. Unsere Gesellschaft steht erneut vor Herausforderungen: Antisemitismus, Rassismus und menschenfeindliche Ideologien sind leider wieder sichtbar, auf der Straße und auch in unserem Landesparlament. Die Grenzen des Sagbaren verschieben sich. Fakten werden relativiert, demokratische Institutionen in Frage gestellt. In einer solchen Situation ist es nicht „Geschichtspflege“, wenn die ärztliche Selbstverwaltung an ihre eigene Vergangenheit erinnert – es ist ein notwendiges Bekenntnis:

Wir stehen heute für die unbedingte Achtung der Menschenwürde, für Patientenrechte, für ein Gesundheitswesen ohne Diskriminierung. Wir stehen dafür ein, dass nie wieder Ärztinnen und Ärzte zu Tätern werden, weil ein System es ihnen abverlangt oder weil sie sich aus Überzeugung oder Karrierestreben einreihen.

Die Ausstellung konfrontiert uns mit Fragen, die wir an uns selbst richten müssen:

- Wie gehen wir mit Macht und Abhängigkeit im Verhältnis von Arzt und Patient um?
- Wie sensibel sind wir für die Grenzen, an denen medizinisches Handeln instrumentalisiert werden kann – politisch, wirtschaftlich, ideologisch?
- Wo müssen wir heute besonders wachsam sein, wenn Menschen ausgegrenzt und entwürdigt werden – etwa weil sie alt sind, krank, arm, behindert oder einfach „nicht ins Bild passen“?

Für mich ist klar: Die ärztliche Selbstverwaltung hat nicht nur die Aufgabe, die Versorgung zu organisieren und Verträge zu schließen. Sie hat auch eine ethische Verantwortung. Sie muss sich dafür einsetzen, dass in unserem System der gesetzlichen Krankenversicherung, in Praxen und Einrichtungen, der Mensch im Mittelpunkt bleibt – nicht seine „Verwertbarkeit“, nicht seine Kosten, nicht sein Pass oder seine Herkunft.

Mit der Ausstellung „Systemerkrankung“ wollen wir Räume der Information, der Reflexion und des Dialogs eröffnen – für Ärztinnen und Ärzte, für Mitarbeitende in Praxen, für Studierende, für die interessierte Öffentlichkeit. Wir wollen dazu ermutigen, hinzuschauen, Fragen zu stellen, sich mit Biografien zu beschäftigen – mit den Opfern, aber auch mit den Tätern und Mitläufern. Nur wenn wir verstehen, wie es soweit kommen konnte, können wir heute konsequent verhindern, dass ähnliche Mechanismen erneut greifen.

Ich danke der Kassenärztlichen Bundesvereinigung dafür, dass sie dieses Forschungsprojekt auf den Weg gebracht hat, den Kuratoren und den beteiligten Historikerinnen und Historikern für ihre Arbeit.

Mein besonderer Dank gilt Ihnen, die Sie heute zur Eröffnung gekommen sind. Ihre Anwesenheit zeigt: Dieses Thema ist kein Randthema für die Geschichtsbücher. Es berührt unsere professionelle Identität, unser Selbstverständnis als Ärztinnen und Ärzte, als Vertreterinnen und Vertreter der Selbstverwaltung, als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Lassen Sie uns diese Ausstellung nicht nur ansehen, sondern *mitnehmen*: in unsere Gremien, in unsere Teams, in unsere täglichen Entscheidungen. Wir können die Vergangenheit nicht ändern – aber wir können aus ihr lernen und unser Handeln heute daran messen.

In diesem Sinne eröffne ich die Ausstellung
„Systemerkrankung. Arzt und Patient im Nationalsozialismus“
in den Räumen der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg
und wünsche uns allen eine nachdenkliche, berührende und erkenntnisreiche Begegnung mit den gezeigten Dokumenten und Biografien. Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort.